

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 55 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in R.M.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 47

Bad Schandau, Freitag, den 25. Februar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, ist gestern abend um 9 Uhr nach einer einstündigen Unterredung mit dem Außenminister Jaleski nach Berlin abgereist. Wie verlautet, soll Jaleski bei der Unterredung erklärt haben, daß eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen nur erfolgen könne, wenn die Initiative dazu von deutscher Seite ausgehe.

* Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, liegt in Ostthrazien der Schnee stellenweise drei Meter hoch, so daß der Zugverkehr nach Europa starke Unterbrechungen erleidet.

* Bei der Landung auf dem Bodensee überflog sich gestern vormittag ein auf dem Probeflug befindliches Wasserflugzeug, wobei der Flugzeugmonteur ertrank.

* Die durch England vermittelten litauisch-polnischen Geheimverhandlungen sollen bereits zu einem Abschluß geführt haben. Für die Wilnafrage soll eine provisorische Lösung gefunden worden sein. Danach soll Polen theoretisch auf die Souveränität über Wilna verzichten, während Litauen in die Fortdauer der militärischen Besetzung Wilnas durch Polen einwilligt, solange sich die Verhältnisse in Rußland nicht entscheidend geändert haben.

Nankeer und Neger.

Von Erwin Roth-Elberfeld.

Am Ende dieses Jahrhunderts wird man in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vierzig Millionen Neger zählen. Man vergegenwärtige sich kurz die Stappen dieser Entwicklung. Anfang des siebzehnten Jahrhunderts war das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten noch fast negerfrei. Nach dem Unabhängigkeitskrieg begann ein Negerimport in großem Maßstab, so daß etwa um 1800 rund eine Million schwarzer Sklaven im Lande war. Am Ende des Bürgerkrieges, der den Sklaven die Freiheit brachte, war die Anzahl auf vier Millionen gestiegen. Gegenwärtig beträgt sie nach offiziellen Schätzungen wenigstens 10, höchstens 15 Millionen. 1800 bildeten die Neger ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, heute ein Zehntel. Es ist dies eine Folge der starken weißen Einwanderung während des neunzehnten Jahrhunderts. Der Geburtenüberschuß ist jedoch bei den Schwarzen viel größer als bei den Weißen. Hält die Beschränkung der weißen Einwanderung an, so wird sich schon in naher Zukunft das Verhältnis wieder zugunsten der Neger ändern. Im Süden kommen auf 100 Einwohner 30 Schwarze; einige Staaten haben überwiegend Negerbevölkerung.

Von einer Erleuchtung des Negerproblems durch hohe Sterblichkeitsziffern kann heute nicht mehr die Rede sein. Die Vorteile der allgemeinen Volkshygiene in den Vereinigten Staaten kommen auch den Negern zugute, und schwarze Ärzte üben seit Jahrzehnten ihre erfolgreiche Tätigkeit aus. Geht die Entwicklung so weiter wie bisher, so wird am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts ein Drittel der Bewohner der Union schwarz oder farbiger sein. Die Frage ist nun, ob diese Negermasse kulturell und wirtschaftlich solche Fortschritte machen wird, daß sie eines Tages politisch eine Bedrohung des weißen Elements werden kann.

Noch vor 150 Jahren wurden die Vorfahren der amerikanischen Neger in Afrikas Wäldern als Wild erbeutet und als Ware verkauft. Sechzig Jahre sind es her, daß vier Millionen befreiter Sklaven in drückender Armut und Unwissenheit ein neues Leben begannen. Heute sind bereits Hunderttausende von Negern zur wohlhabenden Klasse zu rechnen. Eine Million Farmen und Bauernhöfe sind im Besitz von Negern. Zahllose blühende Industriebetriebe werden von Negern geleitet; in alle Berufe ist der Neger eingedrungen. Obgleich die Masse der Schwarzen immer noch relativ arm ist, ist doch der materielle Fortschritt gewaltig. Er wird indessen noch überschattet von den Ertragsunterschieden auf kulturellem Gebiet. Als vor sechzig Jahren die Sklaven freigelassen wurden, waren unter ihnen 90 Prozent Analphabeten, gegenwärtig nur noch 20 Prozent; das ist nicht viel mehr als unter den Weißen einiger Südstaaten. 45 000 Lehrer an Elementar- und höheren Schulen, 500 Seminare und Hochschulen geben eine bereicherte Sprache. Die rastlose Arbeit Booker Washingtons und anderer Negerführer hat für ihr Volk glänzende Früchte getragen.

Politisch ist in der Praxis die Masse der Neger noch immer rechtlos. Eine Reihe besonderer Gesetze machen in den Südstaaten die Ausübung des Wahlrechts durch die meisten Neger unmöglich. Typisch ist die „Education Test“ einiger Südstaaten. Nach diesem Gesetz können nur solche Bürger wählen, die die Verfassung lesen können. Um zu verhindern, daß hierdurch auch die vielen weißen Analphabeten ihres Wahlrechts verlustig gehen, gibt eine Klausel den Beamten das Recht, jeden in die Wahlliste aufzunehmen, der „eine leidliche Erklärung“ irgendeines ihm vorzulesenden Teils der Verfassung geben kann. Hundert Prozent der Weißen pflegen diese „Prüfung“ zu bestehen, und neunzig Prozent der Neger fallen durch.

Da die Richter in Amerika gewählt werden, sind sie von den Anschauungen ihrer weißen Wähler beeinflusst, und man kann denn auch im amerikanischen Süden mit seinen ohnehin unvollkommenen Verhältnissen von einer Rassenjustiz sprechen. Von 1900 bis 1922 wurden 1552 Neger getötet, das macht jährlich 75. Das Schlimmste ist, daß die anschließenden gerichtlichen Untersuchungen fast nie erweisen können, daß die betreffenden Opfer die Tat, um deretwillen sie getötet wurden, wirklich begangen haben.

Neben der Rassenjustiz sind es vor allem die gesellschaftliche Achtung und soziale Zurücksetzung, die die Führer der Neger leidenschaftlich bekämpfen. Dabei ailt in den Vereinigten

Komplikation in Mittelamerika Ein englischer Kreuzer nach Nikaragua.

Große Überraschung in Amerika.

Der Amtliche Englische Funkdienst teilt mit: Die englische Regierung hat einen Kreuzer nach Managua entsandt, der im Notfall den Schutz der britischen Staatsangehörigen übernehmen soll. Dieser Schritt erfolgte, weil der britische Geschäftsträger in Managua gemeldet hatte, daß die Vereinigten Staaten nach der Erklärung ihres Gesandten in Managua nicht in der Lage seien, die Sicherheit britischer Staatsangehöriger im Falle neuer Unruhen und Straßenkämpfe zu gewährleisten, und daß keine Marinesoldaten der Vereinigten Staaten nach Leon, Granada oder Matagalpa entsandt würden. Die englische Regierung hat Washington von ihrem Schritt in Kenntnis gesetzt und ihren Dank für den bisherigen Schutz der britischen Interessen ausgesprochen.

Der englische Schritt hat in Washington die allergrößte Überraschung hervorgerufen. Die amerikanische Regierung hatte mit derartigen englischen Schritten ganz augenscheinlich nicht gerechnet. Staatssekretär Kellogg erklärte, Amerika habe alles getan, um auch das englische Eigentum zu schützen. Washingtoner Kreise sprechen es offen aus, daß der Schritt Englands „allererste Komplikation“ mäßig mache.

Der amerikanische Admiral Latimer hat Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen innerhalb einer bestimmten Entfernung von den Standorten der amerikanischen Marinesoldaten unterzagt.

Staaten alles als Neger, was irgendwie Negerblut in den Adern hat, sei es auch, wie bei den sogenannten „Near Whites“, noch so wenig. Gerade diese fast weißen Mischlinge empfinden es als außerordentlich beleidigend, wenn sie in der Bahn in besonderen „Jim Crow“-Wagen Platz nehmen und auf der Straßbahn nach Anweisung des Schaffners ihren gesonderten Platz einnehmen müssen, während ein vielleicht viel weniger kultivierter Balkanier oder Pole die Rechte der Weißen genießt. Diese Trennung wird auf allen möglichen Gebieten durchgeführt und ist stündlich ein Quell des Hasses.

So ist heute noch die Lage, aber sie ist unhaltbar. Trotz aller Verbote scheidet die Vermengung zwischen Schwarz und Weiß (vornehmlich Mulatten und Osteuropäern) unaufhaltsam vorwärts. Wird in dieser Richtung einmal die Lösung des Problems gefunden werden? Die Versichter der „Lily-White-Policy“, der lilyweißen Bevölkerungspolitik, die Amerika völlig weiß, am liebsten rein angelfrisch erhalten will, bekämpfen diese Entwicklung mit dem Mut der Verzweiflung. Die Zukunft wird zeigen, ob ihnen oder ihren schwarzen oder halb-schwarzen Gegnern der größere Erfolg beschieden ist.

Der Generalstreik in Shanghai beendet.

Über 60 Hinrichtungen vollzogen.

Der Generalstreik in Shanghai ist beendet. Die internationalen Mächte nehmen indessen eine dauernde Verstärkung ihrer Land- und Seestreitkräfte vor. Unter anderem ist die amerikanische Flotte vor Shanghai wieder um vier Zerstörer vermehrt worden.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Shanghai meldet, daß die Chinesische Handelskammer, die Vereinigung der Bankiers und andere öffentliche Körperschaften in Shanghai öffentlich gegen das brutale Vorgehen des Kommandanten Lipaotschen protestiert haben. Dieser habe insgesamt über 60 Arbeiter- und Studentenführer hingerichtet lassen, darunter einen zehnjährigen Knaben. Infolge der Entziehung der Bevölkerung sind die zur Schau gestellten abgeschlagenen Köpfe entfernt worden, auch die öffentlichen Hinrichtungen wurden eingestellt, es heißt jedoch, daß die Hinrichtungen hinter der Mauer des militärischen Hauptquartiers fortgesetzt würden.

Neuer Sieg der Kantontruppen.

Vor der Entscheidungsschlacht.

Die erste Phase der Schlacht um Shanghai hat mit einem Sieg der Kantontruppen geendet, die Fonghsin, 40 Meilen von Shanghai an der Eisenbahnlinie Shanghai-Hankau, eingenommen haben. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß bei Sung-

Washington zur Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Nikaragua.

New York, 24. Februar. In der Antwortnote an die englische Regierung, die der amerikanischen Regierung von der Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Nikaragua Mitteilung gemacht hatte, wird erklärt, daß Amerikas Macht völlig ausreichend sei zum Schutze des fremden Eigentums in Nikaragua. Das Staatsdepartement nimmt lediglich Kenntnis von der Entsendung des englischen Schiffes „Colombo“. In amtlichen Kreisen wird jedoch nachdrücklich unterstrichen, daß Amerika unter Berufung auf die Monroe-Doktrin allerhöchstens gegen englische Marineleistungen protestieren würde, da die amerikanischen Truppen in Stärke von 7000 Mann in Nikaragua durchaus genügen. Amerikas Haltung würde von der im Jahre 1913 in Veracruz eingenommenen nicht abweichen.

England will keine Truppen in Nikaragua landen.

New York, 25. Februar. In der englischen Note an Amerika über die Entsendung des „Colombo“ nach Nikaragua wird erklärt, daß der Kommandant angewiesen sei, keine Truppen zu landen.

Bevorstehender Rücktritt Kelloggs.

Nach Newyorker Pressemeldungen trägt sich Staatssekretär Kellogg mit Rücktrittsgedanken. Die „Associated Press“ berichtet dazu, der Staatssekretär fühle sich infolge seines Alters der wachsenden Arbeitslast nicht mehr gewachsen. Der tatsächliche Grund dürfte aber in der heftigen Kritik zu suchen sein, der Kellogg wegen der von ihm in Mittelamerika betriebenen Politik und wegen des Scheiterns des Abrüstungsvorschlages ausgesetzt ist. Washingtoner Kreise nennen als Nachfolger in erster Linie Souhpton, den amerikanischen Botschafter in London.

Kiangsu eine entscheidende Schlacht im Gange ist. In Nanking soll gegenwärtig ein großer Kriegsrat der Kantoneser Führer stattfinden.

Der Generalstreik in Shanghai ist heute früh von den Arbeitergewerkschaften abgebrochen worden, nachdem etwa 200 Personen eingekerkert worden sind. Die Arbeitergewerkschaft kündigt für den kommenden Montag für ganz China einen einständigen Streik an. In Shanghai traf heute ein neues amerikanisches Kriegsschiff mit 1300 Marinesoldaten ein. Zwei auf dem Wege nach China befindliche englische Truppentransportschiffe werden in Hankau nicht anlaufen, sondern direkt nach Shanghai weitergehen.

Die chinesische Entschuldigung in Frankreich.

Die chinesischen Marinebehörden haben sich, wie aus Shanghai gemeldet wird, bei dem französischen und britischen Konsul in Shanghai wegen der Beschädigung der Konzeptionen entschuldigt.

Spanische Vorsichtsmaßnahmen in China.

Nach einer Meldung aus Madrid hat die spanische Regierung das Angebot der Tabalgesellschaft auf den Philippinen, Spanien im Hinblick auf die Ereignisse in China Fahrzeuge ihres Schiffsparles zur Verfügung zu stellen, angenommen. Nunmehr wird sich ein in Manila liegender Dampfer der genannten Gesellschaft sofort zur Fahrt nach Shanghai unter spanischer Flagge bereit machen und wird dort dem spanischen Konsul zur Verfügung stehen.

Marschall Sun nach Japan geflohen.

Nach einer Meldung aus Peking liegen dort Nachrichten aus japanischer Quelle vor, wonach Marschall Sun, dessen Armee infolge der letzten Niederlage praktisch nicht mehr bestehe, bereits am Dienstag nach Japan geflohen sei.

Der Pariser Waffenfund royalistischen Ursprungs.

Paris, 24. Februar. Das heute morgen von der Pariser Polizei ausgehobene Waffenlager soll royalistischen Kreisen gehört haben.